



# MEHR BETEILIGUNG WAGEN!

Jahrestagung Allianz Vielfältige Demokratie 2019





Jahrestagung Allianz  
Vielfältige Demokratie 2019  
**MEHR BETEILIGUNG WAGEN!**

## IMPRESSUM

© Juni 2019, Allianz Vielfältige Demokratie

### **Koordination**

Berlin Institut für Partizipation | bipar  
Greifswalder Straße 4  
10405 Berlin  
Telefon +49 30 12082613  
www.bipar.de  
kontakt@bipar.de

### **Verantwortlich**

Jörg Sommer

Der Text dieser Publikation ist urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Text finden Sie unter:  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

Die eingebundenen Grafiken, das Titelfoto, Fotos, Bilder, Illustrationen sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

### **Bildnachweis**

Landesvertretung Baden-Württemberg

### **Grafikdesign**

celin.design

### **Anmerkung**

In dem vorliegenden Text wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit auf eine geschlechtergerechte Schreibweise verzichtet und lediglich die männliche Form verwendet. Alle Aussagen beziehen sich in gleicher Weise auch auf weibliche oder Personen anderen Geschlechts.

# INHALT

<b>DAS WAR DIE JAHRESTAGUNG 2019 DER ALLIANZ VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE</b>	<b>6</b>
<b>PARTIZIPATIONSSTRUKTUREN ENTWICKELN UND STÄRKEN</b>	<b>7</b>
<b>MIT DER BEVÖLKERUNG IN DEN DIALOG TRETEN</b>	<b>8</b>
Beschädigung der Demokratie	8
Rausgehen und zuhören	8
Deliberative Beteiligung ausbauen	8
<b>PLÄDOYER FÜR EINE VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE</b>	<b>9</b>
Partizipativ erarbeitete Integrationsmaßnahmen	9
Migranten sind Orientierungshilfe und Wertevermittler	9
<b>WAS KÖNNEN WIR VON EUROPÄISCHEN PROJEKTEN ZUR STÄRKUNG DEMOKRATISCHER BETEILIGUNG LERNEN?</b>	<b>10</b>
Herausforderungen für die Bürgerbeteiligung in Deutschland	10
Internationale best practices	10
Implikationen für die Arbeit der Allianz Vielfältige Demokratie	11
<b>PARTIZIPATION ÜBER MINI PUBLICS IN IRLAND</b>	<b>12</b>
Die Idee der Citizens' Assembly	12
<b>DIGITALE WEGE DER BÜRGERBETEILIGUNG IN MADRID</b>	<b>13</b>
Mini publics in Madrid	13
<b>VON DER VERACHTUNG ZUR WERTSCHÄTZUNG DER DEMOKRATIE</b>	<b>14</b>
Das Narrativ der Populisten	14
Zusammenspiel der drei Säulen der Demokratie	14
<b>DIVERSE FORMATE ZUM AUSTAUSCH UND GEMEINSAMEN ARBEITEN</b>	<b>15</b>
<b>ÜBERSICHT ZU DEN THEMENTISCHEN</b>	<b>16</b>
1. Runde	16
2. Runde	17
<b>STREITGESPRÄCH „ZUKUNFTSFÄHIGE DEMOKRATIE IN SCHWIERIGEN ZEITEN“</b>	<b>18</b>
Ökonomische Liberalisierung und Deregulierung als Gefahr für die Demokratie	18
Zukunftsperspektiven partizipativ erarbeiten	18
Eckpunkte der folgenden Diskussion	19
<b>ES GIBT VIEL ZU TUN</b>	<b>21</b>
<b>SCHÖN WAR'S</b>	<b>22</b>
<b>ANHANG: EVALUATIONSBERICHT</b>	<b>23</b>
Hoher Grad an Zufriedenheit	23
Positive, aber abwartende Grundeinstellung zu Ländergruppen	23
Erwartungen an digitale Vernetzung	23
Keine Veränderungen beim Newsletter	23
Zahlreiche Vorschläge für zukünftige Themen	23
Welche weiteren Formate sollte die Allianz entwickeln/anbieten?	23
Weiterer Umgang mit Ergebnissen	24
<b>DIE MITGLIEDER DER „ALLIANZ VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE“</b>	<b>25</b>

# DAS WAR DIE JAHRESTAGUNG 2019 DER ALLIANZ VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE

Bereits seit 2015 besteht die Allianz Vielfältige Demokratie (Allianz) als Netzwerk aus Vordenkern für eine vitale Demokratie. Die diesjährige Jahrestagung zeigte einmal mehr, dass die Mitglieder in ihm weit mehr sehen, als bloß ein berufliches Zusammenkommen. Begriffe wie „Freundschaft“ und „Familientreffen“ machten die Runde bei den rund 120 Anwesenden.

„Mehr Beteiligung wagen“ - unter diesem Titel diskutierten die Teilnehmer in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin am 14. und 15. März 2019, wie unsere Demokratie in Zeiten wachsenden Populismus gestärkt werden kann. Der Einladung gefolgt waren nicht nur viele Mitglieder des Netzwerkes, sondern auch zahlreiche nationale und

ausländische Gäste. In Vorträgen und regem Austausch behandelten sie Fragen rund um das Thema Bürgerbeteiligung. Dabei zeigte sich, dass im europäischen Kontext sogenannte mini publics weit verbreitet sind. Beispiele wie die Citizens' Assembly in Irland oder CONSUL in Madrid verdeutlichten die Potentiale einer starken dreiteiligen Säulenarchitektur für die Vitalität der Demokratie. Diese beruht auf der Verflechtung parlamentarischer Entscheidungsprozesse mit dialogorientierten Beteiligungsverfahren und einer fallweise zu entscheidenden Ergänzung mittels direktdemokratischer Entscheidungsverfahren. Dies kann zu einer höheren Qualität, Akzeptanz und Legitimität politischer Entscheidungen führen und die politische Partizipationsbereitschaft der Menschen fördern.





## PARTIZIPATIONSTRUKTUREN ENTWICKELN UND STÄRKEN

„Bürgerbeteiligung in Deutschland ist immer noch ein zartes Pflänzchen. Daher ist es umso schöner, dass sich in der Allianz Vielfältige Demokratie ein Bündnis von Gleichgesinnten gebildet hat“, urteilte der Moderator Jörg Sommer bei seiner Eröffnung. Der Direktor des Berlin Institut für Partizipation und Koordinator der Allianz Vielfältige Demokratie honorierte die Verdienste der Bertelsmann Stiftung, die das Netzwerk 2015 initiierte. Ebenso würdigte er die Arbeit der Themenkreisleitungen, die in der neuen dezentralen Struktur die Eckpfeiler der Allianz bilden. Sie ermöglichen es erst, dass viele Allianz-Mitglieder ihr Wissen und ihre Erfahrungen einbringen. Dies sei die essentielle Grundlage, um gemeinsam an der Fortentwicklung des Netzwerks zu arbeiten und mittels Austauschs von best practices die Bürgerbeteiligung in Deutschland zu stärken.

Im Anschluss an seine Eröffnung zeigte eine Reihe von Impulsvorträgen die Vielschichtigkeit und Komplexität des Themas Bürgerbeteiligung. Neben Perspektiven aus Deutschland erhielt das Plenum auch Impressionen von

Partizipationsprozessen in anderen Ländern. Im deutschen Kontext thematisierte die Staatsrätin für Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg, Gisela Erler, die Wichtigkeit einer ausgeprägten Beteiligungskultur. Es folgte ein Input von Annette Widmann-Mauz. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration richtete ihren Blick auf die Möglichkeiten und Potentiale einer vielfältigen Demokratie. Anna Renkamp und Dominik Hierlemann von der Bertelsmann Stiftung stellten im dritten Vortrag sechs internationale Beispiele guter Partizipation vor und leiteten daraus Rückschlüsse auf die Bürgerbeteiligung in Deutschland ab. Anschließend gaben David Farrell und José González Einblicke in die irischen Citizens' Assemblies sowie die online-basierte Partizipation in Madrid. Frank Brettschneider schloss als letzter Redner die Impulsphase mit Ausführungen zu den Möglichkeiten ab, Populismus und Unsachlichkeit in direktdemokratischen Prozessen mittels deliberativer Verfahren wirksam zu begegnen. Die folgenden Ausführungen vermitteln einen detaillierten Einblick in die Ausführungen der Referenten.

# MIT DER BEVÖLKERUNG IN DEN DIALOG TRETEN

Wie kann es der Politik gelingen, stärker in den Dialog mit der Bevölkerung zu kommen? Dieser Frage widmete sich Gisela Erler, baden-württembergische Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Sie sprach in ihrem Impuls nicht nur über aktuelle nationale Herausforderungen, sondern auch die schwierige Gemengelage im europäischen Kontext. Ihr eigenes Bundesland Baden-Württemberg werde vor diesem Hintergrund von vielen Fachleuten als Vorreiter bei der Implementierung von Bürgerbeteiligung in Deutschland angesehen. Dennoch sei Partizipation auch hier noch nicht in allen Kommunen verankert und häufig vom guten Willen einzelner Entscheidungsträger abhängig. Deshalb müssten politische Teilhabemöglichkeiten der Bevölkerung institutionalisiert werden, um sie vor Verlust durch personelle Veränderungen zu schützen.

## BESCHÄDIGUNG DER DEMOKRATIE

Im europäischen Kontext sei die Brexit-Tragödie ein warnendes Beispiel. Die Staatsrätin führte aus, dass das Brexit-Referendum exemplarisch für eine verantwortungslose Nutzung von Bürgerbeteiligungsverfahren sei. Denn es wäre ohne ausreichende Erklärungen, transparente Kosten- und Nutzenanalysen und vor allem ohne eine nachvollziehbare Erläuterung wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge in den Raum gestellt und die Bürger zur Entscheidung aufgerufen worden. In der Folge sei nach dem Brexit-Referendum weder für die Öffentlichkeit, noch für Verwaltung, Politik oder Wirtschaft bis heute klar, was kommen werde. Das Brexit-Referendum habe daher die Demokratie allgemein, aber vor allem die repräsentativen Strukturen stark beschädigt.

## RAUSGEHEN UND ZUHÖREN

Auch gegenüber der eingeleiteten Grand Débat in Frankreich durch den dortigen Präsidenten Macron äußerte sich die Staatsrätin kritisch. Das anfangs als Heilsbringer stilisierte Staatsoberhaupt sei schnell mit der Realität konfrontiert worden, wie die anhaltenden landesweiten Proteste der „Gelbwesten“ zeigten. Gezwungenermaßen laufe nun einer der größten partizipativen Prozesse unter Beteiligung von mehreren Tausend Zufallsbürgern. Dies zeige für sie vor allem, dass politische Entscheidungsträger rausgehen und zuhören müssten, um im direkten Dialog mit der Bevölkerung deren Bedürfnisse besser zu verstehen.

## DELIBERATIVE BETEILIGUNG AUSBAUEN

Insgesamt gehe es darum, dialogische Verfahren zu stärken. Zufallsbürger können aus ihrer Sicht dazu unter bestimmten Umständen ein probates Mittel darstellen. Denn aleatorische

Verfahren bieten die Möglichkeit, heterogene Meinungen hörbar zu machen. Zudem können sie Menschen einbinden, die sich bisher unzureichend politisch eingebunden fühlen. Digitale Beteiligung ist für die Staatsrätin vor diesem Hintergrund ein gutes, aber kein ausreichendes Instrument. Demokratie dürfe nicht im Internet ausgehandelt werden, betonte die Staatsrätin. Es brauche persönliche Gespräche und unmittelbaren Austausch, um sich reflektierte Meinungen zu bilden. In diesem Setting seien auch direktdemokratische Verfahren möglich, doch nur Deliberation könne sicherstellen, dass Leute nicht blind in Abstimmungen getrieben werden.





## PLÄDOYER FÜR EINE VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE

„Männlich, mittleres Alter, gut gebildet, obere Mittelschicht“ - Bürgerbeteiligung bleibe bei diesem exklusiven Teilnehmerkreis unter ihren Möglichkeiten, stellte die zweite Rednerin des Tages, Annette Widmann-Mauz, fest. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration betonte, dass die Demokratie in Deutschland daher mehr Menschen wie die Mitglieder der Allianz Vielfältige Demokratie brauche. Denn mit ihrem Einsatz leben sie Vielfalt vor und tragen über ihr Engagement und ihre persönliche Arbeit zur Stärkung des Zusammenhalts in Deutschland bei.

### PARTIZIPATIV ERARBEITETE INTEGRATIONSMASSNAHMEN

In logischer Konsequenz habe das in den Allianz-Publikationen gebündelte Fachwissen auch Einzug in die Konzeption und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Integration gefunden. Dort traten Wohlfahrtsverbände, Migrantenorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften und Stiftungen mit Politikern aller föderalen Ebenen zusammen. In fünf Phasen sei an 24 Themen gearbeitet worden, wobei die vielfältigen Lebensläufe der Menschen im Mittelpunkt gestanden hätten, so die Integrationsbeauftragte.

### MIGRANTEN SIND ORIENTIERUNGSHILFE UND WERTEVERMITTLER

Aufsuchende Verfahren stellen für Annette Widmann-Mauz eine vielversprechende Möglichkeit dar, um Menschen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte politische Beteiligung zu ermöglichen. Dies seien nicht nur Menschen mit Einwanderungsgeschichte, sondern insgesamt Akteure, die den „stillen

Gruppen“ zugerechnet werden, und die sich ansonsten nicht an Diskursen beteiligen. Wichtig sei es an dieser Stelle, nicht in einer einseitigen Perspektive zu verharren, denn Migranten agieren häufig als wertvolle Integrationsunterstützer. Sie fungieren als Brückenbauer für Menschen, die nach Deutschland kommen. Migranten und deren Organisationen seien Botschafter, Helfer, Wertevermittler und Orientierungshilfe und unterstützen damit - oft ehrenamtlich und im Schatten - den Erhalt der freiheitlichen gesellschaftlichen Ordnung. Die Politikerin votierte daher beispielsweise für ein stärkeres Empowerment von Frauen in der migrantischen Gesellschaft und die Förderung der gesellschaftlichen Anerkennung des Ehrenamts in der Geflüchtetenhilfe, im Sport, bei Kulturvereinen oder in Nachbarschaftsinitiativen. Es habe sich gezeigt, dass die Beteiligung vor Ort ein bewährtes und probates Mittel ist, um Menschen partizipativ einzubinden. Als Beispiel führte sie den Geflüchtetenialog in Ludwigshafen an. Der dortige Frühstücksbus schaffe einen Ort, an dem Geflüchtete und Bürger bei Kaffee und Brötchen in einen zwanglosen Dialog gelangen. Dies sei ein erster Schritt für ein gutes Miteinander. Sie schloss ihre Ausführungen mit einem Votum für die Stärkung der Partizipation: Mehr Beteiligung müsse gewagt werden, damit das Gemeinwesen und die Demokratie auf stabilen Säulen stehe.

# WAS KÖNNEN WIR VON EUROPÄISCHEN PROJEKTEN ZUR STÄRKUNG DEMOKRATISCHER BETEILIGUNG LERNEN?

## HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE BÜRGERBETEILIGUNG IN DEUTSCHLAND

Trotz aller Erfolge beim Ausbau der Bürgerbeteiligung in Deutschland bleibt weiterhin viel zu tun. Dies verdeutlichten Anna Renkamp und Dominik Hierlemann von der Bertelsmann Stiftung. Aus ihrer Sicht steht Partizipation in Deutschland anhaltend drei großen Herausforderungen gegenüber:

- vielfach ausstehender Praxistest für das angestrebte Drei-Säulen-Modell bestehend aus repräsentativer, dialogischer und direkter Beteiligung
- anhaltende Selektivität in Bürgerbeteiligungsverfahren
- Stärkung der Bürgerbeteiligung auf Bundesebene

## INTERNATIONALE BEST PRACTICES

Mit sechs Beispielen aus Lettland, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien und Australien nahmen sie das Plenum mit auf eine Reise durch die Bürgerbeteiligung in anderen Ländern. Sie stellten auf diese Weise den Facettenreichtum der Thematik dar und formulierten lessons learned, derer sich die Allianz Vielfältige Demokratie in Zukunft bedienen kann.

Im baltischen Lettland bestehe für die Bürgerschaft die Möglichkeit, stärker auf die politische Entscheidungsfindung einzuwirken. Dazu sei die Online-Plattform ManaBalss geschaffen worden. Sie fungiere als Instrument, um in einem mittels diverser Qualitätskriterien abgesicherten und fest mit dem Gesetzgebungsprozess verzahnten Verfahren, Gesetzesinitiativen unmittelbar ins Parlament einbringen zu können. Seit 2011 hätten sich über 200.000 Letten auf diese Weise politisch eingebracht. Im Ergebnis seien 300 Initiativen initiiert worden, wobei 64 % Zustimmung im Parlament erfuhren und sich in 22 Gesetzesänderungen niedergeschlagen hätten. Dies sei ein Beleg dafür, dass gut vorbereitete Themeninitiativen von Bürgern die Parlamentsarbeit beleben und politische Entscheidungen beeinflussen können, resümierten die beiden Beteiligungsfachleute.

Die deutschsprachige Region in Belgien ist für sie ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Verknüpfung von mini publics mit parlamentarischen Entscheidungsstrukturen. Dort wurde per Parlamentsbeschluss ein zufällig ausgewählter Bürgerrat sowie ein ständiges Sekretariat geschaffen. Es finden themenspezifische Bürgerversammlungen statt, bei denen die Bürger Vorschläge erarbeiten, die anschließend in Parlament



und Regierung erörtert werden. Offen sei gegenwärtig allerdings, ob das Vorgehen auch die Akzeptanz und Legitimität politischer Entscheidungen bei nicht beteiligten Bürgern zu fördern vermag.

Die Wichtigkeit eines verbindlichen Rahmens, in dem Bürgerbeteiligung stattfindet, stellten die Vortragenden anhand der Beteiligungsgesetze in der italienischen Toskana dar. Gesetzliche Regelungen zur Förderung von Beteiligung in Verbindung mit einer unabhängigen Koordinierungsstelle beim Regionalparlament hätten die Transparenz der zentralen Webplattform „Open Toscana“ gefördert, maximalen Zugang zu Informationen in Beteiligungsverfahren geschaffen, die Festlegung diverser Qualitätskriterien für Beteiligung ermöglicht und zur Umsetzung von 170 regionalen/lokalen dialogorientierten Beteiligungsprojekten geführt.

Ihr viertes Beispiel führte die Zuhörer nach Frankreich. Dort hat Präsident Macron „Le Grand Débat“ ins Leben gerufen. Über diverse Formate wie „Beschwerdebücher“ in Rathäusern, eine Mitmach-Website, Town Hall Meetings sowie Regional- und Jugendkonferenzen soll ein Dialog mit der Bürgerschaft geschaffen werden. Die Referenten deuteten dies als einen Beleg dafür, dass bei ausreichendem politischen Willen von hochrangigen Entscheidungsträgern große Teile des Volks zur politischen Beteiligung bereit sind.

Der vorletzte geographische Perspektivwechsel brachte die Zuhörer nach England und richtete den Fokus auf Empowerment. Der Liverpools Kiez „Granby Four Streets“ wurde 2011 als Community Land Trust - einer neuen Form des gemeinschaftlichen Erwerbs der dortigen Häuser - geschaffen, um dem fortschreitenden Verfall des Viertels Einhalt zu gebieten. Gemeinsam mit Künstlern, Startups, Politik und Verwaltung wurden diverse Projekte zur Sanierung der Häuser, Revitalisierung des Stadtteils und zur Stärkung des Zusammenhalts in der Nachbarschaft durchgeführt. Dies führe nicht nur zur Aufwertung der Gegend, erschwinglichem Wohnraum, neuen Arbeitsplätzen und einem erhöhten sozialen Zusammenhalt, sondern auch zur Erkenntnis, dass die Erfahrung von Selbstwirksamkeit ein starker Motor für Beteiligung und Engagement sein könne, schlussfolgerten die Referenten.

Abschließend gingen sie auf die Wichtigkeit des Kompetenzaufbaus im Feld der Bürgerbeteiligung ein. Sie wandten ihren Blick dazu auf Australien. Dort wurden Public Engagement Officer und Manager in allen Gemeinden geschaffen. Es gibt diverse Weiterbildungen und Zertifizierungen basierend auf einheitlichen Standards, die vor allem drei Themen adressieren: Public Participation, Core Values und Code of Ethics.

Seit 2015 gibt es das neuartige Berufsbild des Certified Public Participation Professional sowie den Master Certified Public Participation Professional. Diese Entwicklungen hätten nicht nur akzeptanzfördernd bewirkt, dass transparente Kompetenzstandards für Initiatoren und Organisatoren von Beteiligungsprojekten ein gemeinsames Verständnis sowie klare Erwartungen geschaffen haben, sondern auch zur Herausbildung des attraktiven Berufsbildes des Engagement Managers geführt.

## IMPLIKATIONEN FÜR DIE ARBEIT DER ALLIANZ VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE

Aus dem Vergleich der Beispiele zogen Anna Renkamp und Dominik Hierlemann drei Schlüsse:

- Niederschwellige Agenda-Setting-Instrumente können eine interessante Option für die Stärkung der Beteiligung auf Bundes- und Länderebene sein.
- Mini publics finden vielerorts in Europa zunehmend Verwendung. Dies werfe die Frage auf, ob auch in Deutschland Standardformate stärker Verwendung finden sollten?
- Qualität und Kompetenz seien unabdingbare Erfolgskomponenten. Standards können transparenzfördernd wirken.





## PARTIZIPATION ÜBER MINI PUBLICS IN IRLAND

David Farrell, Leiter des Instituts für Politik und internationale Beziehungen am University College Dublin, nahm in seinem Vortrag die irischen mini publics in den Fokus. Diese Citizens' Assemblies – also Bürgerversammlungen – seien eine Konsequenz aus der großen ökonomischen Rezession im Jahre 2010 gewesen, die Massenproteste der Bevölkerung ausgelöst hatte.

### DIE IDEE DER CITIZENS' ASSEMBLY

Als Reaktion auf die sozialen Verwerfungen schlugen Politologen seinerzeit vor, die Bürgerschaft stärker politisch einzubeziehen. Sie sollte aktiv diskutieren, wie die Gesellschaft und das politische System verändert werden müsse. Die vielfältige Kritik an diesem Vorschlag hatte laut David Farrell unterschiedliche Ausprägungen: Es sei bezweifelt worden, dass Bürger in der Lage seien, derartig komplexe Themen gewinnbringend zu bearbeiten. Zwar hätte es bereits in Kanada und der Niederlande positive Erfahrungen mit ähnlichen Formaten gegeben, jedoch seien diese Ergebnisse nicht auf Irland transferierbar. Letztlich gebe es mit dem Parlament bereits eine entsprechende Einrichtung.

Die dennoch anschließend eingerichteten mini publics hätten vor diesem Hintergrund den Charakter eines sozialwissenschaftlichen Instruments gehabt. Von 2012 bis 2014 gab es regelmäßig Gruppendiskussionen mit 66 zufällig ausgewählten Bürgern und 33 Politikern. Sie debattierten diverse

Themen - beispielsweise den Umgang mit Blasphemie, Punkte für mögliche Wahlreformen, die Höhe des Wahlalters oder die gleichgeschlechtliche Ehe. So entstanden 43 Empfehlungen, die dem Parlament vorgestellt wurden. Im Zeitraum 2016 bis 2018 wurde das Format wiederholt, wobei dieses Mal vor allem die Themen Abtreibung, Klimawandel, alternde Gesellschaft und das Für und Wider von fixen Legislaturperioden diskutiert wurden. Abermals wurden über 40 Empfehlungen erarbeitet und dem Gesetzgeber vorgestellt.

Diese Entwicklungen belegen für Farrell den großen Wert von mini publics bei der intensiven thematischen Befassung im Kontext polarisierter Fragen. Die Methode führe dazu, dass die Wissensbasis der Bevölkerung bei nachfolgenden Referenden wie bspw. 2018 zur Abtreibung größer gewesen sei und die resultierenden politischen Implikationen besser antizipiert worden wären. Aus diesem Grund sieht er mini publics als gelungenes Instrument zur Zusammenführung von repräsentativer, direktdemokratischer und deliberativer Demokratie in Irland an.

# DIGITALE WEGE DER BÜRGERBETEILIGUNG IN MADRID

Die Möglichkeiten digitaler Stadtplanung standen bei José González im Mittelpunkt. Der Leiter des „sektoralen Beteiligungsdienstes“ in Madrid stellte die Webplattform CONSUL vor, mit der die Stadtverwaltung Madrids seit mehreren Jahren digitale Beteiligung organisiert und durchführt. Es handele sich dabei um eine transferierbare Open Source Software, die einfach zu nutzen und individuell anpassbar an die Bedürfnisse einer Kommune oder Institution sei. Bürger können auf der Plattform Vorschläge für die Stadtentwicklung einbringen, über ein Budget entscheiden, Gesetzgebungsvorhaben oder eingebrachte Vorschläge diskutieren bzw. über diese abstimmen. Wegen seines Erfolgs habe sich das digitale Beteiligungsinstrument schnell verbreitet und werde vorrangig in Spanien und Lateinamerika auf unterschiedlichen politischen Ebenen bereits von fast 100 Regierungen in 18 Ländern genutzt, so González.

## MINI PUBLICS IN MADRID

José González ging außerdem auf ein neues Beteiligungsformat der Stadt Madrid ein: das Observatory of the City. Es handele sich um eine auf Zufallsauswahl beruhende Beobachtungsstelle, die kommunale Maßnahmen kontrolliere. Sie verfüge über umfangreiche Auskunftsrechte gegenüber den Exekutivorganen, Agenturen und Unternehmen der Stadt Madrid. Sie könne u. a. proaktiv Verbesserungsvorschläge im Rahmen aktueller Tätigkeiten einreichen und zur Einberufung von Bürgerkonsultationen aufrufen.



# VON DER VERACHTUNG ZUR WERTSCHÄTZUNG DER DEMOKRATIE

Frank Brettschneider, Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim, widmete sich der Analyse des Zusammenhalts bzw. des Auseinanderdriftens unserer Gesellschaft. Sein Augenmerk lag insbesondere auf der verachtenden Haltung populistischer Kräfte gegenüber der repräsentativen Demokratie.

## DAS NARRATIV DER POPULISTEN

Laut Frank Brettschneider gründe die populistische Agitation auf der Behauptung, dass die repräsentative Demokratie den Volkswillen unterdrücke, weswegen es direkte Demokratie brauche, um diesem Ausdruck zu verleihen. Dies sei ein rhetorisches Muster populistischer Parteien in Europa und weltweit. Eckpfeiler dieses Narrativs sei die Vorstellung, dass es sowohl ein homogenes Volk als auch einen einheitlichen Volkswillen gebe. Diese völkische Gemeinschaft würde einerseits von innen durch die eigenen Eliten angegriffen und müsse sich andererseits externer Feinde wie der EU, dem Islam oder Geflüchteter erwehren. Er zeigte an Beispielen wie Stuttgart 21 oder den Protesten der „Gelbwesten“ in Frankreich, dass die Verächtlichmachung der Demokratie dabei über das Lager der Rechtspopulisten hinausgeht.

## ZUSAMMENSPIEL DER DREI SÄULEN DER DEMOKRATIE

Anschließend widmete er sich der Betrachtung der drei Säulen der Demokratie - repräsentative Strukturen, Deliberation und direktdemokratische Entscheidungsprozesse. Diese würden bislang fälschlicherweise häufig als unverbunden nebeneinanderstehend betrachtet. Stattdessen plädierte er für eine



stärker integrierte und verbundene Betrachtung dieser systemischen Bausteine. Die kluge Kombination von deliberativer und direktdemokratischer Beteiligung solle dabei nicht das Entstehen eines Bürgerbegehrens verhindern. Informelle Partizipationsformate erschweren laut Frank Brettschneider jedoch das Aufkommen sachfremder und emotional aufgeladener Diskussionen und entziehen auf diese Weise Populisten den Nährboden. Anhand etlicher Beispiele wie dem geplanten Bau eines Kombibads in Metzingen belegte er, dass die intensive thematische Befassung der Bürgerschaft mit einem Thema dazu beiträgt, eindeutige Entscheidungen mit hoher Akzeptanz für das politische Ergebnis zu generieren. Zentrales Kriterium für einen erfolgreichen Prozess sei jedoch eine wertschätzende Haltung im Dialog und eine gute sowie frühzeitige Kommunikation der Verwaltung.





## DIVERSE FORMATE ZUM AUSTAUSCH UND GEMEINSAMEN ARBEITEN

Natürlich bot die Jahrestagung auch wieder vielfältige Möglichkeiten, um sich untereinander und in Kleingruppen auszutauschen und gemeinsam an den Themen des Netzwerks zu arbeiten. Dazu besprachen die Allianz-Mitglieder an von Experten moderierten Thementischen in zwei Diskussionsrunden über 15 unterschiedliche Aspekte der Bürgerbeteiligung. Das inhaltliche Portfolio war vielfältig und reichte von der Frage, wie mit Populismus umgegangen werden sollte über die Betrachtung einzelner Elemente und Methoden der Bürgerbeteiligung bis hin zur Vorstellung und Besprechung von best practices wie dem Bürgerhaushalt „Deine Geist: Deine Idee für die Million“ in Hamburg.

# ÜBERSICHT ZU DEN THEMENTISCHEN

## 1. RUNDE

- **Kinder- und Jugendbeteiligung**

*Gregor Dehmel (Politik zum Anfassen), Barbara Conrad (Stadt Hamm)*

- **Die Bedeutung von Bürgerräten für die Demokratieentwicklung und konkrete Erfahrungen bei der Umsetzung in 12 Jahren**

*Bertram Meusburger (Büro für Zukunftsfragen), Ruth Beilharz (büro für beratung&prozessbegleitung)*

- **Direkt mit der Regierung reden und in Bürgerwerkstätten konkrete Projekte entwickeln. Wie die Landesregierung in Sachsen ihre Bürger beteiligt**

*Burghard Rech (Sächsische Staatskanzlei)*

- **Direktdemokratische Formate und die AfD**

*Jennifer Zorn (KWI Essen), Dr. Rolf Frankenberger (Universität Tübingen)*

- **Gamification**

*Dr. Kai Masser (Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer), Digitale Beteiligung nach Hamburger Modell, Claudius Lieven (Stadt Hamburg)*

- **Deine Geest: Deine Idee für die Million**

*Astrid Großmann (urbanista), Marie Hliwa (BUE Hamburg)*

- **Besser – schneller – verträglicher? Wie gute Beteiligung Infrastrukturvorhaben unterstützt**

*Dr. Leonie Lange (Landesbetrieb Straßen Brücken und Gewässer Stadt Hamburg), Dr. Dirk Manthey (50Hertz Transmission GmbH)*

- **Follow-up von Beteiligungsprozessen**

*Achim Miroslawjewitsch-Lucyga (Stadt Gladbeck)*

- **Bürgerbeteiligung lernen. Kompetenzaufbau im Land Baden-Württemberg**

*Dr. Christine Dörner (Führungsakademie BW und Allianz für Beteiligung e.V.)*



## 2. RUNDE

- **Demokratieentwicklung**  
*Dr. Raban Daniel Fuhrmann (PROCEDERE- Verbund)*
- **Mehr Demokratie**  
*Martina Eick (Umweltbundesamt), Claudine Niernth (Mehr Demokratie e.V.)*
- **Grenzüberschreitende intensive Dialoge zwischen zufällig ausgewählten europäischen Bürgern und Politikern – Wie innovative Formen der EU-Bürgerdialoge gelingen**  
*Dr. Christian Huesmann (Bertelsmann Stiftung)*
- **Politik braucht Beteiligung**  
*Hannes Wezel (Staatsministerium Baden-Württemberg), Hanna Kasper und Niels Renkes (translake)*
- **Evaluation von Beteiligungsqualitäten**  
*Prof. Dr. Claudia Ritzki (Universität Trier), Dr. Thomas Kuder (vhw Bundesverband)*
- **Integrierte Partizipation**  
*Fabian Reidinger (Staatsministerium Baden-Württemberg)*
- **Digitalisierung: Mehr Information - mehr Beteiligung?**  
*Jens Kronsbein (Bezirksregierung Detmold), Carlo Schöll (bächle und spree)*
- **Wie funktioniert gute Transparenz in der Bürgerbeteiligung? – Konkrete Beispiele im Vergleich**  
*Martin Müller (Städtetag Baden-Württemberg), Claus Möbius (Stadtrat in Frankfurt/Main), Dr. Rainer Sprengel (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement)*
- **Projekt „Modellkommune Open Government“**  
*Kristina Schade (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat), Patrick Ludes (Landkreisverwaltung Marburg-Biedenkopf)*
- **Bringing citizens into the heart of political debate: Ireland's constitutional mini-publics**  
*Prof. David Farrell (University College Dublin, Head, School of Politics and International Relations)*
- **CONSUL and The Observatory of the City of Madrid: new ways of citizen participation**  
*José María Becerra González (Head of Sectoral Participation Service)*

Anschließend bestand eine niederschwellige Option zum unmittelbaren Austausch mit anderen Konferenzteilnehmenden. Aus allen Teilnahmeinteressierten wurden per Zufall Gesprächsstandems gebildet. Sie diskutierten anhand vorgegebener Fragen und füllten einen gemeinsamen Gesprächsbogen aus. Dieser wurde inklusive eines Polaroids auf einer Pinnwand zur allgemeinen Information bereitgestellt und förderte die Vernetzung.



# STREITGESPRÄCH „ZUKUNFTSFÄHIGE DEMOKRATIE IN SCHWIERIGEN ZEITEN“

Die Abendveranstaltung der Allianztagung fand unter dem Titel „Zukunftsfähige Demokratie in schwierigen Zeiten“ statt. Claudine Nierth, Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie e. V., moderierte die Debatte zwischen der baden-württembergischen Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler und Ernst Ulrich von Weizsäcker, ehemaliges Mitglied des Bundestages und Ehrenpräsident des Club of Rome. Insbesondere die anschließende Diskussion mit dem Plenum verdeutlichte dabei, wie komplex und vielschichtig das Thema ist.

## ÖKONOMISCHE LIBERALISIERUNG UND DEREGULIERUNG ALS GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE

Ernst Ulrich von Weizsäcker betonte, dass die Demokratie auch in schwierigen Zeiten viele Chancen biete. Dafür sei Vielfalt die wichtigste Eigenschaft. Baden-Württemberg sei mit seinen intensiven Bemühungen um bessere Bürgerbeteiligung ein fantastisches Beispiel für die Demokratie

in Deutschland und im Allgemeinen. Dennoch sieht er das politische System der Demokratie in der Krise und belegte dies am negativen Trend des Demokratieindizes der Bertelsmann Stiftung. Ursächlich ist für ihn vor allem die fortschreitende Globalisierung und die wachsende Macht des Kapitals nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Die zunehmende Dominanz der Märkte infolge diverser Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen hätten zu einzigartigen Kapitalverkehrsmöglichkeiten geführt und dazu beigetragen, die Demokratie auszuhöhlen. Die Krise der Demokratie hänge daher wesentlich damit zusammen, dass nicht-staatliche gegenüber staatlichen Strukturen stark an Bedeutung gewonnen hätten.

## ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN PARTIZIPATIV ERARBEITEN

Gisela Erler erkannte ebenfalls eine weltweite Krise der Demokratie. Umso wichtiger sei es daher, die Strukturen der vielfältigen Demokratie zu fördern. Es sei bedrohlich, wenn





Gedanken wie die „illiberale Demokratie“ (Viktor Orbán) wieder salonfähig werden und sich Konzepte wie das „Freund-Feind-Denken“ Carl Schmitts in der Politik Bahn brechen. In einem solchen Umfeld gehe die Kompromissfähigkeit verloren.

In einer Zeit, die von grundsätzlichen Fragen geprägt sei, engagierten sich die Menschen vor allem gegen etwas. Dies sei nicht zwingend, und Bürgerbeteiligung könne auch auf Fortschritt und Zukunftsentwicklung gerichtet sein. Gisela Erler unterlegte diese Überlegungen mit dem Beispiel der Verkehrswende und zeigte, wie wichtig und erfolgskritisch es ist, die Bürger in die Entscheidungsfindung und die Konzeption von Lösungsansätzen einzubeziehen. Denn wegen der Handlungszwänge und dem Druck zur Wiederwahl sei die Politik nur noch zu Minimalkonsensen bereit. Die Bürgerschaft hingegen habe ein Interesse an weitreichenden Lösungen bei großen Herausforderungen, um das eigene Wohlergehen zu sichern bzw. einen möglichen Kollaps zu verhindern. Daher ist es für die Staatsrätin unerlässlich, bei komplexen Themen wie dem Klimawandel, der Agrarpolitik oder der Wirtschaftspolitik die Bürger einzubeziehen.

## ECKPUNKTE DER FOLGENDEN DISKUSSION

- **Optimale Geschwindigkeit in Umsetzungs- und Veränderungsprozessen**

Ernst Ulrich von Weizsäcker warnte vor einer Verherrlichung der Beschleunigung. Begrifflichkeiten wie Reformstau seien ein Problem, denn sie führen zu einer Architektur, in der der Schnellste gewinnt. Im Ergebnis entstehe

jedoch ein Selbstmordsystem. Gisela Erler zeigte anhand des Baus eines Gefängnisses, dass eine Planung und Realisierung von Großprojekten nicht beliebig beschleunigt werden kann. Eine qualitativ hochwertige Umsetzung brauche Zeit. Beschleunigungsgesetze, die Bürgerbeteiligung ausblenden, führten am Ende nicht zwangsläufig zu einer schnelleren Umsetzung, sondern bräuchten häufig sogar länger.

- **Le Grand Débat**

Gisela Erler sieht ein ähnliches Format in Deutschland zeitnah nicht kommen. Denn ausschlaggebend für Macrons Initiative sei eine stark zugespitzte soziale Lage gewesen. Diese liege in Deutschland aktuell nicht in gleicher Weise vor. Zudem bedürfe es eines entsprechenden Charakters bei den politisch Verantwortlichen und sie bezweifelt, dass die amtierende Kanzlerin für ein solches Verfahren zur Verfügung stünde.

Dissens zwischen den Kontrahenten zeigte sich bei der Frage, ob es eine große Debatte um Migration gebraucht hätte. Während Gisela Erler dies befürwortete, äußerte sich Ernst Ulrich von Weizsäcker kritisch. Prinzipiell sei das Format eine gute Sache, jedoch sollte die Diskussion nicht auf Wut und Ärger gründen. Mit Blick auf das polarisierte Thema „Geflüchtete“ hätte zudem sichergestellt werden müssen, dass die Verfahrensergebnisse verfassungskonform sind.

- **Citizens' Assembly und mini publics**

Beide begrüßen Formate, die den regelmäßigen Austausch zwischen Politik und Bürgerschaft fördern. Gisela Erler konstatierte jedoch für die deutsche Politiklandschaft

Vorbehalte, da derartige Formate bei politischen Entscheidungen schnell als Konkurrenz aufgefasst werden würden. Diese Wahrnehmung könne nur revidiert werden, wenn die Politik spüre, dass sie einerseits von Bürgerbeteiligung profitiere und diese andererseits nicht weh tue.

- **Machtteilung und -akkumulation im föderalen System**

Ernst Ulrich von Weizsäcker betonte, dass die europäische Integration auch zu einer stärkeren Machtteilung geführt hätte. Zudem würden traditionell die etablierten Parteien Macht teilen: bspw. die CDU mit der Wirtschaft, die SPD mit den Gewerkschaften oder die Grünen mit Umweltverbänden. Daher könne nicht von einer Machtzentralisierung gesprochen werden. Außerdem sei anders als in den USA eine parteiübergreifende Kooperation möglich, um Mehrheiten zu bilden.

Gisela Erler sah erhebliche Unterschiede zwischen den föderalen Ebenen: Auf kommunaler Ebene können Oberbürgermeister in Städten mit guter Finanzausstattung

mächtig sein und Verwaltungen über erhebliche Gestaltungsspielräume verfügen. Werde der Blick jedoch auf die darüberliegenden Ebenen gerichtet, verändere sich das Bild: Entscheidungsmacht weiche dem komplexen Zwang zur Aushandlung. Dies schließe natürlich nicht aus, dass einzelne Individuen Einfluss auf das Agenda-Setting haben, aber das Durchsetzen der Interessen sei ein komplexer Abstimmungsprozess.

- **Zufallsauswahl und die Einbindung organisierter Interessen**

Gisela Erler befürwortet aleatorische Verfahren. Allerdings besteht aus ihrer Sicht das Problem, dass organisierte Stakeholderinteressen ausgegrenzt werden. Dies schaffe Herausforderungen beim Ausbalancieren von Anliegen. Eine Lösungsmöglichkeit für dieses Dilemma liegt für sie in der Kombination eines aleatorischen Verfahrens mit einem Expertentisch.

- **Bürgerbeteiligung modern gestalten**

Gisela Erler votierte für eine stärkere Inszenierung von Bürgerbeteiligung: Früher sei ein Partizipationsformat in den Katakomben der Stadthalle durchgeführt worden. Stattdessen könnte eine öffentlichkeitswirksame Präsentation im Stile eines Beteiligungsevents die Teilnehmerzahlen und den -kreis verbessern. Methodisch würden kleine Tischrunden und geschützte Gesprächsräume dazu beitragen, dass sich Frauen stärker inhaltlich einbringen. Erfahrungen aus der Citizens' Assembly zeigten zudem, dass sich über Bürgerdialoge neue politisch interessierte Menschen gewinnen lassen. Dies stellt für die Staatsrätin eine Chance für die Demokratie dar.

Im Anschluss an die intensive Debatte konnten die Anwesenden bei gediegener Musik die Diskussion Revue passieren und den Abend ausklingen lassen.



# ES GIBT VIEL ZU TUN

Die Allianz Vielfältige Demokratie wird auch zukünftig aktiv auf die Fortentwicklung der Beteiligungskultur in Deutschland einwirken. Dies zeigte die intensive Arbeit der Themenkreise am folgenden zweiten Veranstaltungstag. Dazu haben sie eine Reihe spannender Projekte geplant:

- Der Themenkreis „Transparenz“ wird seinen Blick vor allem auf Digitalisierung, neue Formen der Beteiligung und die Adressaten der eigenen Arbeit richten.
- Im Themenkreis „Praxisberatung/Kompetenzaufbau“ ist die Schaffung eines Beratungsnetzwerks angestrebt, das zur Qualifizierung beiträgt und Ersthilfe bei der Initiierung von Bürgerbeteiligung bieten kann.
- Im Themenkreis „Breite Beteiligung“ steht der methodische Baustein der Zufallsauswahl und die Frage der Beteiligungsgerechtigkeit im Mittelpunkt.
- Im Themenkreis „Qualität“ wollen sich die Mitglieder mit der Evaluation von Wirkung befassen und Maßnahmen zur Steigerung der Politikrelevanz der Arbeitsergebnisse des Netzwerks erarbeiten.
- Im Themenkreis „Integrierte Partizipation“ soll eine Publikation entwickelt werden, die auf Länderebene die Bereitschaft zur Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung erhöht, so wie es in Baden-Württemberg bereits der Fall ist.

Zusätzlich sind etliche Neuerungen geplant, die die Möglichkeiten der internen Zusammenarbeit und externen Wirksamkeit weiter verbessern sollen. Dazu wird es insbesondere Innovationen bei der Informationsplattform geben,

um deren Usability und Mitgliedervernetzung zu fördern. Zudem wird die Einführung vielfach gewünschter Formate wie bspw. Fachgesprächen, Netzwerktreffen oder einem Fortbildungs- und Seminarangebot mit den Themenkreisleitungen diskutiert werden. Diese Formate können auch einen Beitrag leisten, um die diversen thematischen Vorschläge der Allianz-Mitglieder hinsichtlich zukünftiger Arbeitsfelder zu bearbeiten (siehe Abb. 1).

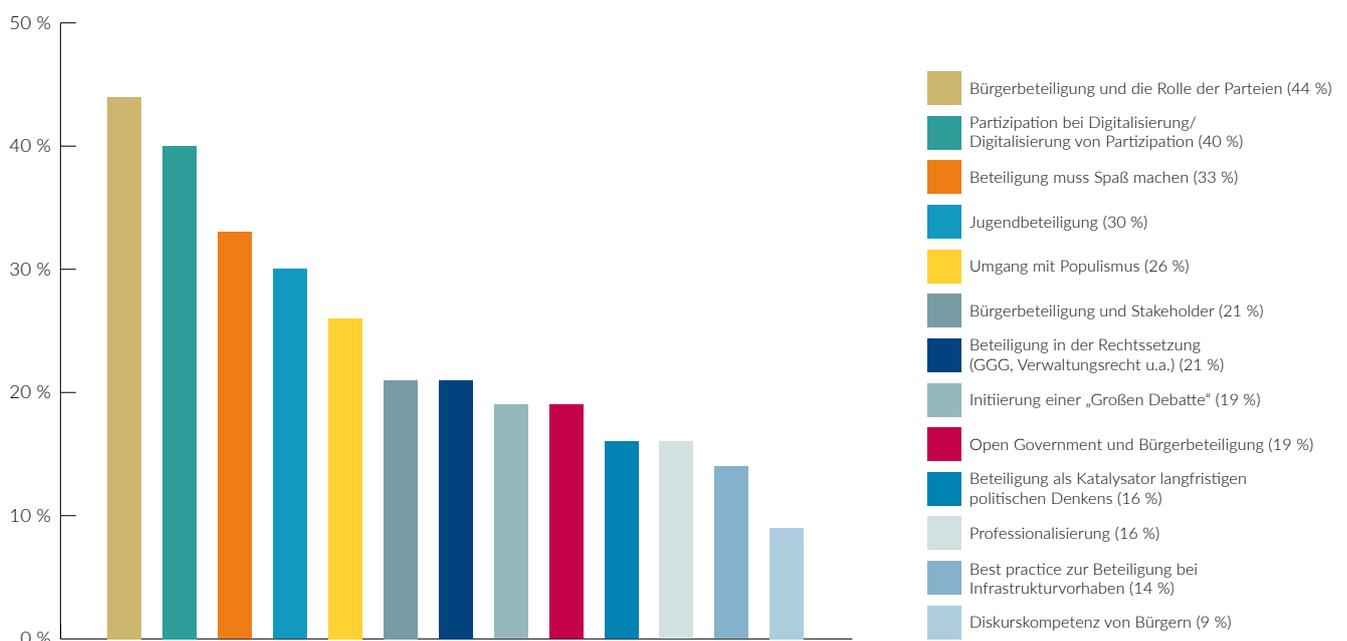


Abb. 1: Prozentuale Gewichtung der vorgeschlagenen zukünftigen Arbeitsthemen durch die Teilnehmenden



## SCHÖN WAR'S

Eine im Rahmen der Veranstaltung durchgeführte Umfrage bestätigt das subjektive Gefühl: Die große Mehrheit der Mitglieder ist sehr zufrieden mit der Arbeit der Allianz und den Themenkreisen. Entsprechend groß war daher die Freude der Jahrestagungsteilnehmenden als der Moderator Jörg Sommer verkündete, dass es auch im kommenden Jahr wieder eine Allianztagung geben wird. Die Erfolgsgeschichte des Netzwerks setzt sich somit fort und es wird auch zukünftig zur Stärkung der Demokratie in Deutschland und Europa beitragen.



# ANHANG: EVALUATIONSBERICHT

Im Rahmen der Allianztagung 2019 hatten alle Teilnehmer die Möglichkeit, Erfahrungen und Erwartungen zu formulieren. Hierzu wurde zum einen ein einseitiger Fragebogen bei der Anmeldung ausgehändigt, zudem gab es eine Themenwand, in der freie Themen vorgeschlagen werden konnten.

Die Ergebnisse dieser beiden Angebote wurden zum Abschluss noch einmal in Form einer digitalen Umfrage (sli.do) präsentiert und hier eine Gewichtung ermöglicht. Das Ergebnis ist nicht zwangsläufig repräsentativ, ermöglicht aber eine Herausarbeitung interessanter Themen und Formate für die zukünftige Arbeit. Die Ergebnisse im Einzelnen:

## HOHER GRAD AN ZUFRIEDENHEIT

Rund 75 % der Befragten sind zufrieden oder sehr zufrieden mit der Arbeit der Allianz Vielfältige Demokratie im Allgemeinen. Etwa 8 % sind unzufrieden. „Sehr unzufrieden“ ist kein Teilnehmer. Die Ergebnisse für die Arbeit in den Themenkreisen sind nahezu identisch. Rund 70 % sind zufrieden oder sehr zufrieden, etwa 4 % sind unzufrieden.

## POSITIVE, ABER ABWARTENDE GRUND-EINSTELLUNG ZU LÄNDERGRUPPEN

Knapp über 50 % der Befragten halten die neu geschaffenen Ländergruppen für sehr sinnvoll bzw. sinnvoll. Für wenig sinnvoll oder gar überflüssig halten diese rund 15 % der Teilnehmer. Etwa ein Drittel der Allianz-Mitglieder hat dazu keine Meinung.

## ERWARTUNGEN AN DIGITALE VERNETZUNG

Hier ist das Ergebnis überraschend eindeutig: Rund 95 % der Allianz-Mitglieder nutzen die von der Bertelsmann-Stiftung bereitgestellte Informationsplattform nur gelegentlich bis nie, nur 5 % geben an, die Plattform häufig zu nutzen. Auf Nachfrage wurden immer wieder die technisch spröde Plattformführung und mangelnde Netzwerkooption genannt. Folgende ergänzende Features wurden ausdrücklich gewünscht:

- allgemein, frei zugängliche Informationen für Nichtmitglieder und Interessenten (64 %)
- Ermöglichung der Vernetzung von Allianzmitgliedern über die Plattform (57 %)
- Plattformbereich für Zusammenarbeit in den Themenkreisen (50 %)
- Technische Verbesserung (Löschen redundanter Inhalte und Optionen, verbesserte Übersichtlichkeit) (29 %)
- Profildbereich zur Vorstellung der eigenen Arbeit (25 %)

## KEINE VERÄNDERUNGEN BEIM NEWSLETTER

82 % der Befragten gaben an, sehr zufrieden bzw. zufrieden mit dem Newsletter zu sein. Etwa 60 % findet die dreimonatige Erscheinungsweise angemessen. Rund 20 % würden gerne öfter einen Newsletter erhalten, etwa 10 % lieber seltener.

## ZAHLREICHE VORSCHLÄGE FÜR ZUKÜNFTIGE THEMEN

Es wurden zahlreiche Vorschläge/Wünsche zu Themen geäußert, die die Allianz zukünftig bearbeiten sollte/könnte. Zu diesen Themen gab es am zweiten Veranstaltungstag noch einmal die Gelegenheit zur digitalen Meinungsbildung via Sli.do. Dabei ergab sich folgende Gewichtung:

- Bürgerbeteiligung und Rolle der Parteien (44 %)
- Partizipation bei Digitalisierung / Digitalisierung von Partizipation (40 %)
- Beteiligung muss Spaß machen (33 %)
- Jugendbeteiligung (30 %)
- Umgang mit Populismus (26 %)
- Bürgerbeteiligung und Stakeholder (21 %)
- Beteiligung in der Rechtssetzung (GG, Verwaltungsrecht u.a.) (21 %)
- Initiierung einer „Großen Debatte“ (19 %)
- Open Government und Bürgerbeteiligung (19 %)
- Beteiligung als Katalysator langfristigen politischen Denkens (16 %)
- Professionalisierung (16 %)
- best practice zur Beteiligung bei Infrastrukturvorhaben (14 %)
- Diskurskompetenz von Bürgern (9 %)

## WELCHE WEITEREN FORMATE SOLLTE DIE ALLIANZ ENTWICKELN/ANBIETEN?

- Fachgespräche (53 %)
- Netzwerktreffen (49 %)
- Fortbildungen/Seminare (40 %)
- Bildungsreisen (36 %)
- Demokratieführstücke am 3. Oktober (36 %)
- Zentrale Erfassung und Zurverfügungstellung von Digitalen Publikationen zu Partizipation (34 %)
- Vorträge (28 %)
- Webinare/Online-Konferenzen (19 %)

- Umfragen/Studien (17 %)
- „Franchise“-Veranstaltungen (Lokale Mitglieder mit Allianz-Logo und Öffnung für Allianzmitglieder) (15 %)
- Youtube-Talkshow mit Zuschauereinbindung durch Sli.do (15 %)
- Jahrbuch (6 %)



## WEITERER UMGANG MIT ERGEBNISSEN

Die Koordination der Allianz Vielfältige Demokratie wird sich auf Grundlage dieser Umfragen/Meinungsbildungen in den kommenden Monaten mit folgenden drei Aspekten beschäftigen:

### 1. Informationsplattform

Es wird geprüft, wie die Informationsplattform entsprechend den Wünschen der Mitglieder weiter entwickelt und mit der weiter auszubauenden Webpräsenz der Allianz verknüpft werden kann, um diese sowohl für externe Interessenten attraktiver als auch für die Kollaboration in den Themenkreisen besser nutzbar zu machen.

### 2. Neue Themen

Insbesondere die Themen mit hoher Zustimmung werden auf mögliche Aktivitäten geprüft. Hierzu gehört ggf. die „Adoption“ einzelner Themen durch existierende Themenkreise oder die Bearbeitung in neu zu findenden (ad-hoc und/oder digitalen) Strukturen bzw. Formaten. Alle Themen fließen in die Vorbereitung der Jahrestagung 2020 ein.

### 3. Neue Formate

Ähnlich wird mit den vorgeschlagenen neuen Formaten verfahren. Auch hier erfolgt in enger Abstimmung mit den Themenkreisleitern eine Prüfung auf Realisierbarkeit. Ggf. wird die Koordination gezielt einzelne Mitglieder ansprechen, um einzelne Pilotformate zu erproben und/oder über die Realisierung mit externen Kooperationspartnern nachzudenken.





# DIE MITGLIEDER DER ALLIANZ VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE

- Moritz Ader, OECD, Paris
- Rolf Alter, OECD, Paris
- Jürgen Aring, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin
- Marcel Atoui, SPD Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Elisabeth Baden-Prahl, Landeshauptstadt Hannover
- Frauke Bathe, Senatsverwaltung für Umwelt Verkehr und Klimaschutz, Berlin
- Tobias Baur, Landesnetzwerk Bürgerengagement aktiv in Berlin
- Ruth Beilharz, Ruth Beilharz Beratung & Entwicklung, Lindau
- Frank Böhnke, Deutscher Bahnkunden-Verband e. V., Bundesverband, Berlin
- Michaela Bonan, Stadt Dortmund
- Volker M. Brennecke, Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf
- Albertus L. Bujard, Bürgerstiftung Heidelberg
- Rainer Carius, Ministerium für Umwelt Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
- Susanne Cassel, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
- Christoph Charlier, Willy-Brand-Forum, Unkel
- Billy Contreras, Zeppelin Universität Friedrichshafen
- Gregor Dehmel, Politik zum Anfassen e. V., Isernhagen
- Hans-Liudger Diemel, Berlin University of Technology
- Christine Dörner, Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
- Almuth Draeger, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin
- Karin Druba, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Schleswig Holstein, Kiel
- Anne Dwertmann, Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus gGmbH
- Vanessa Edmeier, Hochrheinkommission, Waldshut-Tiengen
- Ute Ehren, Stadt Detmold
- Benjamin David Ehring, Universität Stuttgart
- Roland Eichmann, Stadt Friedberg
- Martina Eick, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau
- Christine Eisele, Landeshauptstadt Stuttgart
- Gisela Erler, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Ronald Fahje, Parlamentwatch e.V., Hamburg
- Michael Fedler, Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Niedersachsen, Hannover
- Norbert Feith, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Wolfgang Feldwisch, DB Netz AG, Berlin
- Björn Fleischer, Ministerium für Wirtschaft Innovation Digitalisierung und Energie Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Lisa Freigang, Deutscher Volkshochschulverband, Bonn
- Miriam Freudenberger, Initiative Allianz für Beteiligung e.V., Stuttgart
- Klaus Freytag, Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, Potsdam
- Raban Daniel Fuhrmann, ReformAgentur Fuhrmann, Konstanz
- André Gerling, Stadt Minden
- Heribert Gisch, Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU Deutschlands, Nohfelden
- Ruth Glörfeld, Landkreis Marburg-Biedenkopf
- David Goessmann, OECD, Paris
- Adrianna Gorczyk, Grüne Kreispartei Gelsenkirchen
- Sandra Gretschel, Stadt Regensburg
- Astrid Großmann, Urbanista, Hamburg
- Vera Grote, Johanssen + Kretschmer, Berlin
- Markus Grünewald, Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Potsdam
- Alexander Grünwald, Bundeskanzleramt Österreich
- Franz-Reinhard Habel, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin
- Gerald Häfner, Democracy International e.V., Dornach
- Thomas Haigis, Stadt Filderstadt
- Bernd Hallenberg, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
- Monika Hanisch, Stadt Essen
- Birger Hartnuß, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
- Sebastian Haselbeck, Bundeskanzleramt Deutschland
- Rosemarie Heilig, Stadt Frankfurt am Main
- Klaus-Peter Heinrich, Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, Potsdam
- Michael Heinze, Ministerium für Bauen Wohnen Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Kurt Herzberg, Der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Erfurt
- Ralph Hiltrop, Stadt Witten
- Katja Hinners, Landkreis Osnabrück
- Daniel Hitschfeld, navos Public Dialogue Consultants GmbH, Berlin
- Anna Hogeback, Landeshauptstadt München
- Fredi Holz, Sächsische Staatskanzlei, Dresden
- Marie Hoppe, Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung Bürgerstiftung
- Jochen Hucke, BeGeno16 – Baugenossenschaft „Besser Genossenschaftlich Wohnen von 2016“ eG, Berlin
- Silke Jansen, LANXESS AG, Köln
- Frauke Janßen, Deutscher Städtetag, Berlin
- Christoph Jessen, Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung, Kiel-Molfsee
- Frank Jessen, Integralis e. V., Duisburg
- Nils Jonas, Con Vivia, Potsdam
- Imke Jung-Kroh, Stadt Darmstadt
- Susanna Kahlefeld, Abgeordnetenhaus von Berlin
- Stefan Kämper, Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS), Bonn
- Eberhard Kanski, Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf
- Antje Kapek, Abgeordnetenhaus von Berlin
- Hanna Kasper, translake GmbH, Konstanz
- Steffen Kawohl, EnergieAgentur.NRW, Düsseldorf
- Roswitha Keicher, Stadt Heilbronn
- Werner Keil, KÖLN MITGESTALTEN - Netzwerk für Beteiligungskultur, Köln
- Wolfgang Klameth, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
- Katja Klee, Gemeinde Weyarn
- Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
- Bettina Knothe, Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende, Berlin
- Bettina Koch, Stadt Kiel
- Heiko Kretschmer, DialogGesellschaft, Berlin
- Jens Kronsbein, Bezirksregierung Detmold
- Thomas Kuder, vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin

- Dirk Lahmann, Stadt Bonn
- Leonie Lange, Landesbetrieb Straßen Brücken und Gewässer, Hamburg
- Dagmar Langguth, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Hannover
- Ralf Laumer, Landkreis Marburg-Biedenkopf
- Dieter Lehmann, Stadt Schwäbisch Gmünd
- Thomas Letz, Senatskanzlei Berlin
- Claudius B. Lieven, Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Hamburg
- Lars Limon-Wittmann, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
- Cornelia Löbhard-Mann, Kommunal Agentur Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Toni Loosen-Bach, Stadt Trier
- Meike Lücke, Landkreis Wesermarsch
- Anja Lutz, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin
- Dennis Maelzer, Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Moritz Maikämper, BTU Cottbus
- Dirk Manthey, 50Hertz Transmission GmbH, Berlin
- Andreas Matthes, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
- Siegfried Mauch, Führungsakademie Baden-Württemberg, Stuttgart
- Christoph Meineke, Gemeinde Wennigsen/Deister
- Nikolaj Midasch, Landesjugendring Baden-Württemberg e.V., Stuttgart
- Renate Mitterhuber, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Claus Möbius, Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
- Heinz-Martin Muhle, Stadt Hamm
- Martin Müller, Städtetag Baden-Württemberg, Stuttgart
- Christian Munk, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
- Michael Münnich, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Peter Myrczik, Stadt Mannheim
- Mechthild M. Nagel-Dürscheid, Dr. Dürscheid + Partner Beratung, Training, Organisationsentwicklung, Nümbrecht
- Matthias Neutzner, Syncwork AG Management Consulting und Informationstechnologie, Berlin
- Monika Nickles, Stadt Erlangen
- Claudine Nierth, Mehr Demokratie e. V., Bonn
- Monika Ollig, Bundeskanzleramt, Berlin
- Hanna Ossowski, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen
- Asiye Öztürk, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Michael Paak, Stadt Sindelfingen
- Andreas Paust, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Claudia Peschen, Peschen, Ludwigsburg
- Timo Peters, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Uwe Pfening, Universität Stuttgart
- Michaela Piltz, Stadt Freiburg
- Dieter Posch, Staatsminister a.D., Hessen
- Karin Prien, Ministerium für Bildung Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
- Werner Reh, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Berlin
- Fabian Reidinger, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Bettina Reimann, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
- Anna Renkamp, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Thomas Richert, Landtag Schleswig-Holstein, Kiel
- Stefan Richter, Stiftung Zukunft Berlin
- Thomas Rosenthal, DIPLOMA Hochschule, Berlin
- Roland Roth, Berliner Institut für Protest- und Bewegungsforschung
- Sonja Rube, USP Projekte GmbH, München
- Michael Sack, Stadt Loitz
- Julian Salandi, Kommunal Agentur Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- Kristina Schade, Bundesministerium des Innern, Berlin
- Susann Schäfer, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
- Michael Schell, Stadt Wiehl
- Daniel Schily, Democracy International e. V., Köln
- Anne Schlegel, Stadt Zella-Mehlis
- Rolf Schmidt, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt Energie und Klimaschutz, Hannover
- Michael Schneider, Stadt Mühlheim am Main
- Saskia Schnell, Flughafen München GmbH
- Michael Schubek, FNP-Ausschuss Stadt Bergisch Gladbach
- Lilian Schwalb, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
- Christiane Schwarte, CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin
- Stephan Siegert, DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, Berlin
- Hanns-Jörg Sippel, Stiftung Mitarbeit, Bonn
- Susanne Socher, Mehr Demokratie e.V., München
- Rainer Sprengel, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
- Imke Steinmeyer, Senatsverwaltung für Umwelt Verkehr und Klimaschutz, Berlin
- Jutta Stender-Vorwachs, Leibniz Universität Hannover
- Nathalie Stengel, Stadt Ostfildern
- Manfred Sternberg, Bundes-SGK/Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Berlin
- Marius Strecker, TenneT TSO GmbH, Bayreuth
- Almuth Thomßen, Stadtrat Jever
- Petra Türke, Stadt Wolfsburg
- Frank Ulmer, Kommunikationsbüro Ulmer GmbH, Stuttgart
- Anne-Dore Uthe, Hochschule Harz
- Martina van Almsick, Bundesministerium des Innern
- Carola Veit, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Hamburg
- Antoine Vergne, Missions Publiques, Paris
- Angelika Vetter, Universität Stuttgart
- Bernd Villwock, Gemeinde Weyarn
- Andreas von Zadow, Von Zadow International, Schwielowsee
- Volker Weber, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, Wiesbaden
- Ernst Weidl, Gemeinderat Weyern
- Oliver Weigel, Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit, Berlin
- Hannes Wezel, Staatsministerium Baden-Württemberg
- Jürgen Widmer, Stadt Lindau
- Annette Wiese-Krukowska, Landeshauptstadt Kiel
- Volker Wilke, GAR/Kommunalpolitische Vereinigung GRÜNE ALTERNATIVE in den Räten NRW, Düsseldorf
- Winfried Wilkens, Landkreis Osnabrück
- Mona Winkelmann, Stadt Frankfurt am Main
- Katrin Wolter, Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser, Hildesheim
- Evelyn Wurm, Stadt Solingen
- Frank Zimmermann, Stadt Heidelberg



